

Politische Forderungen

**des Bundes der Selbständigen
Deutscher Gewerbeverband (BDS/DGV)
Landesverband Bayern e.V.**

nach der Beschlussfassung des Präsidiums vom 25.10.2006.

Einleitung

Der bayerische Mittelstand, ...

1. stellt 99,7 % aller umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen
2. erwirtschaftet 41,3 % des gesamtwirtschaftlichen Umsatzes
3. beschäftigt 75,1 % aller Beschäftigten
4. bildet 83,7 % aller Auszubildenden aus.

Er ist die tragende Säule unserer Wirtschaft und Gesellschaft.

Der BDS/DGV Bayern vertritt das mittelständische, bayerische Unternehmertum sowie die Selbständigen, quer über alle Branchen und Generationen hinweg. Derzeit gehören dem BDS/DGV 22.000 Mitgliedsunternehmen in rund 540 Ortsverbänden an. Für diese stellt der BDS/DGV folgenden Forderungskatalog an die Politik in Brüssel, Berlin, München und vor Ort auf:

I. Reform der Unternehmenssteuern

1. Rechtsformneutrale Besteuerung
2. Vereinfachung durch den Abbau von Steuerbürokratie und von Ausnahmeregelungen
3. Ausschließliche Besteuerung von Erträgen und nicht der unternehmerischen Substanz (z.B. Fremdkapitalkosten, Grundsteuer C, Bemessungsgrundlage der Gewerbesteuer)
4. Internationale Wettbewerbsfähigkeit der effektiven Steuerlast

II. Reform der Erbschaftssteuer auf Betriebsvermögen

1. Stundung bzw. Erlass der Steuerschuld im Falle einer 10jährigen Unternehmensweiterführung
2. Verzicht auf eine Arbeitsplatz- oder Fortführungsklausel
3. Keine Trennung von steuerbegünstigtem „produktivem“ Kapital von steuerpflichtigem „unproduktivem“ Kapital
4. Verzicht auf eine Mindestbeteiligungsgrenze und einer steuerlichen Größenbegrenzung

III. Gesundheitsreform

1. Trennung der Lohnnebenkosten- von der Beitragsentwicklung
2. Erhalt der privaten Krankenkassen und Wettbewerbssteigerung zwischen den gesetzlichen Krankenkassen zulassen
3. Transparenzsteigerung für die Versicherten, u.a. durch Offenlegung der ärztlichen Behandlungskosten gegenüber der Patienten
4. Steuerfinanzierung versicherungsfremder Leistungen

IV. Reform der gesetzlichen Unfallversicherung

1. Herausnahme von Wegeunfällen aus dem Leistungskatalog
2. Keine Finanzierung von Unfallkosten der Schwarzarbeit
3. Schrittweise Umstellung der Zwangsversicherung in eine Pflichtversicherung und damit Abbau monopolistischer Strukturen

V. Öffentliche Wirtschaft / Staat und private Wirtschaft (u.a. Bayer. Mittelstandsförderungsgesetz)

1. Transparente Vergabe öffentlicher Aufträge – auch unterhalb der EU-Schwellenwerte
2. Reduzierung öffentlicher Leistung auf ein eng begrenztes Feld der Daseinsvorsorge, d.h. u.a. kein Bestandschutz
3. Buchhalterische Trennung von Leistungen der Daseinsvorsorge und sonstiger Leistungen in von der öffentlichen Hand dominierten Unternehmen (z.B. Stadtwerke)
4. Einsatz von Public-Privat-Partnership (PPP) Modellen zur Kostensenkung, Transparenzsteigerung und Investitionsförderung

VI. Bürokratie

1. Einführung des Konnexitätsprinzips im Verhältnis zwischen Staat und Wirtschaft, d.h. staatlich motivierter Mehraufwand der Unternehmen muss vom Staat finanziert werden
2. Streichung sämtlicher bayerischer Verwaltungsvorschriften und dann Wiedereinführung nur bei konkretem Bedarf (Saarland Modell)
3. Einführung eines Bürokratie-TÜV und zeitliche Begrenzung bei allen neuen Gesetzen
4. Strikte 1:1 Umsetzung aller europäischen Vorgaben
5. Ersatz der monatlichen Sozialversicherungszahlungen durch pauschale Abschlagszahlungen vom Januar bis November, die im Dezember mit einer jährlichen Abrechnung ausgeglichen werden

VII. Landesentwicklung

1. Verhinderung von factory-outlet-centern (FOC) in Bayern
2. Restriktive Ansiedlung von großflächigem Einzelhandel auf der grünen Wiese
3. Strikte Kontrolle von Sortimentsbeschränkungen – auch durch Aufnahme des „Markteintritts“ in das „Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb (UWG)“
4. Ausrichtung staatlicher Initiativen der Wirtschaftsförderung auf bereits vorhandene Strukturen (z.B. Clusterpolitik)
5. Aktive Mitwirkung der öffentlichen Hand an kommunalen bzw. regionalen Standortentwicklungskonzepten bzw. –maßnahmen
6. Erhalt und Förderung der Innenstädte als lebendiges Kulturgut öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens

VIII. Familien- und Bildungspolitik

1. Flächendeckende Vernetzung schulischer und akademischer Ausbildung mit der mittelständischen Wirtschaft
2. Keine „Verwässerung“ des dualen Ausbildungssystems
3. Gezielte Förderung von Kindern bzw. Familien im Bereich der Bildung, d.h. bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch die flächendeckende Einführung von Kindergrippen, eine ausreichende Anzahl von Kindergartenplätzen, Einrichtung von Ganztageschulen und Kinderhorte
4. Verlängerung der durchschnittlichen Lebensarbeitszeit durch gezielte Weiterbildungsmaßnahmen für ältere Mitarbeiter
5. effizienter und umgehender staatlicher Schutz vernachlässigter und gefährdeter Kinder

IX. Arbeitsmarkt

1. Förderung des Niedriglohnssektors, u.a. durch Rücknahme der Sozialversicherungsbeitragserhöhung bei Mini-Jobs
2. Keine Eingriffe des Staates in die Tarifautonomie, z.B. durch die Einführung eines branchenspezifischen Mindestlohns
3. Massive Entbürokratisierung des Arbeitsrechts, u.a. in den Bereichen Kündigungs- und Befristungsrecht – besonders im Hinblick auf Personengruppen mit einem hohen Arbeitslosenanteil

X. Mittelstandsfinanzierung

1. Entlastung der Banken von Prüfungskosten und –aufwendungen
2. Einfache und zügige Weitergabe öffentlicher Fördermittel, u.a. durch Haftungsfreistellungen
3. Mittelstandskonforme Umsetzung von Basel II und MaRisk in der Praxis.

München, den 25. Oktober 2006, schön

Kontakt: Thomas Schörg (stellv. Hauptgeschäftsführer), Tel. 089/54056-215, Fax 089/5026493, e-Mail thomas.schoerg@bds-bayern.de

Weitere Informationen unter www.bds-bayern.de.